

Herr Pohl berichtet, dass derzeit 249 Flüchtlinge in Einrichtungen der Gemeinde Eitorf untergebracht seien. In den nächsten Wochen werden weitere hinzukommen, sodass die Zahl auf bis zu 258 Personen steige. Die ehemalige Turnhalle der Förderschule in Irlenborn sei mit 34 Flüchtlingen belegt. Insgesamt verfüge die Gemeinde zurzeit über 10 eigene Gebäude und 13 angemietete Wohnungen. Die Gemeinde suche weiterhin Gebäude oder Wohnungen zur Anmietung.

Seit dem 24.02.2022 seien insgesamt 277 ukrainische Staatsangehörige nach Eitorf gekommen. Hiervon seien noch 46 Personen in Unterkünften der Gemeinde untergebracht. 73 der 277 Ukrainer seien bereits wieder aus Eitorf verzogen. 19 Ukrainer kehrten zurück in ihr Heimatland, bei 13 sei der Aufenthaltsort nicht geklärt, 35 Ukrainer seien innerhalb Deutschlands verzogen und 3 ins Ausland. Derzeit seien noch 204 Ukrainer in Eitorf gemeldet. Hiervon seien ca. $\frac{1}{4}$ in Unterkünften der Gemeinde und $\frac{3}{4}$ in privaten Haushalten untergebracht. Trotz der Unterbringung in privaten Haushalten erhalten diese Personen Gelder der Gemeinde Eitorf oder des Jobcenters.

Herr Pohl teilt zudem mit, dass die Gemeinde aktuell für Flüchtlinge, die sich im Verfahren befinden, eine monatliche Pauschale von 875,00 € bekomme. Von den ca. 258 Flüchtlingen seien ca. 100 Personen noch im Verfahren. Ein aktueller Stand könne derzeit nicht mitgeteilt werden, da aufgrund der Personalsituation im Amt für Senioren und Soziales keine Abrechnung gemacht werden konnte. Die FlüAG-Abrechnung werde zeitnah aktualisiert, damit zum einen der derzeitige Flüchtlingsstand bei der Bezirksregierung in Arnshausen aktualisiert werde und zum anderen die Pauschalen gezahlt werden.

Für Flüchtlinge, bei denen das Verfahren negativ abgeschlossen sei, zahlt das Land einen einmaligen Betrag von 10.000,00 € pro Person. Diese Personen seien geduldet und blieben weiterhin in Unterkünften der Gemeinde. Die Gemeinde sei jedoch nicht abschiebeberechtigt. Für diese Personen habe die Gemeinde bisher eine Zahlung von 120.000 € erhalten. Darüber hinaus habe die Gemeinde vom Land/Bund einen Einmalzuschuss i.H.v. 475.000 € erhalten.

Insgesamt sei die Situation seit 2015/2016 angespannt. Es kommen weiterhin Flüchtlinge aus dem Nahen Osten (z.B. Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Libanon, Nordafrika) nach Deutschland. Der Krieg in der Ukraine habe die Situation verschärft. In den Unterkünften treten zudem Probleme auf, denn Zimmer müssen mit mehreren Personen belegt werden. Dies führe zu Unmut. Auch müssen Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten aufgrund von Auseinandersetzungen getrennt untergebracht oder kontrolliert werden. Der Gemeinde entstehen für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes Kosten i.H.v. monatlich 25.000 €.

Auf Nachfrage von Herr Löwenich ergänzt Herr Pohl, dass die Eitorfer Politik derzeit nur wenig bis gar nicht unterstützen könne. Das Amt für Senioren und Soziales benötige andere Räumlichkeiten um Barrieren zu den Flüchtlingen zu schaffen. Bürgermeister Viehof ergänzt hierzu, dass diese Barrieren bei dem Neubau des Rathauses berücksichtigt werden sollen. Auch im jetzigen Bestand sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden.